



Berlin, den 06. November 2014

## Öffentliche Anhörung des AwZ am 12.11. 14 „Urbanisierung“

Stellungnahme von BMZ, GIZ und KfW zum Fragenkatalog vom 23.10.2014

### Vorbemerkung:

Bevölkerungswachstum, wirtschaftliche und soziale Entwicklung und Urbanisierung gehen Hand in Hand. Urbanisierung wirkt räumlich wie auch funktional weit über Stadtgrenzen hinaus. Die Art und Weise, wie Städte jetzt und künftig organisiert sind, hat entscheidenden Einfluss auf alle Aspekte nachhaltiger Entwicklung und damit eine direkte Wirkung auf die Verwirklichung einer globalen Nachhaltigkeitsagenda. In Städten kumulieren räumlich und funktional alle wesentlichen Anforderungen an wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, sozialen Ausgleich und ressourcenschonendes Handeln. Um die damit verbundenen Herausforderungen zu bewältigen, aber auch die damit einhergehenden Chancen zu nutzen, bedarf es umfassender und integrierter stadtentwicklungspolitischer Ansätze auf nationaler, regionaler und vor allem auf lokaler Ebene.

Die deutsche Entwicklungspolitik setzt sich dafür ein, dass Städte zu starken Akteuren werden, die ihre Entwicklung eigenständig vorantreiben und damit zur Umsetzung internationaler Vereinbarungen beitragen. Handlungsleitend ist dabei ein umfassendes Verständnis von nachhaltiger Stadtentwicklung, welches wirtschaftliche, soziale, ökologische und politische Aspekte sowie deren Wechselwirkungen berücksichtigt – auch mit Blick auf die wechselseitigen Beziehungen zwischen dem städtischen und dem ländlichen Raum.

Der Ansatz der deutschen Entwicklungspolitik greift die verschiedenen Dimensionen der Stadtentwicklung auf: von Stadtentwicklungspolitik und Wirtschaftsförderung, Stadtökologie mit Umwelt- und Klimaschutz, über die sozialen und kulturellen Fragen bis hin zu technologischen und planerischen Problemlösungen. Hierzu muss auf allen Ebenen gehandelt werden. Im internationalen Kontext bedarf es eines gemeinsamen Verständnisses von der Bedeutung der Thematik für die Zukunft der Menschheit und es muss ein Rahmen gesetzt werden für die Umsetzung auf der nationalen und lokalen Ebene. Die Fähigkeiten von Stadtregierungen und -verwaltungen und der Zivilgesellschaft bedürfen der Stärkung, damit diese angepasste Lösungen für ihre Entwicklung finden und möglichst vielen Menschen Zugang zu den Lebenschancen der Städte verschaffet wird. Entsprechend der institutionellen Verknüpfungen und Verantwortlichkeiten wird in den Partnerländern lokal, regional und national beraten. Gleichzeitig wirkt Deutschland engagiert und kompetent im internationalen Dialog mit. Zentrales Anliegen der deutschen Entwicklungspolitik im Bereich der städtischen Entwicklung ist es daher, alle Akteure zu mobilisieren und Prozesse in Gang zu setzen, die zu einer nachhaltigen und inklusiven Entwicklung der Städte und urbanen Räume führen<sup>1</sup>.

<sup>1</sup> Siehe hierzu auch das Factsheet „10 Gründe für Stadtentwicklung“ im Rahmen der Publikationsreihe „Perspektiven der Urbanisierung – Städte nachhaltig gestalten“, BMZ-Informationenbroschüre 3/2014.



Um die Rolle von Städten bei der Verwirklichung der künftigen globalen Entwicklungsagenda zu stärken, setzt sich die Bundesregierung für ein eigenständiges Nachhaltigkeitsziel mit Stadtbezug ein. Vor diesem Hintergrund wird sehr begrüßt, dass sich der Bundestags-Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (AwZ) der Verstädterungsthematik und deren Bezüge zu den globalen Entwicklungs- und Nachhaltigkeitszielen im Rahmen einer Öffentlichen Anhörung widmet.

Auf der Grundlage des vom AwZ vorgelegten Konzepts für die öffentliche Anhörung zu Urbanisierung und den dort aufgeworfenen Fragen nimmt die deutsche entwicklungspolitische Zusammenarbeit (BMZ, GIZ und KfW) zu wesentlichen Aspekten des Anhörungsthemas wie folgt Stellung. Eine Auflistung exemplarischer Projektbeispiele ist als Anlage beigefügt. Darüber hinaus wird auf die Ausführungen zur Drucksache 17/10449 (Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage vom 24.07.2012 zur Förderung nachhaltiger Stadtentwicklung in Entwicklungs- und Schwellenländern durch die deutsche Entwicklungszusammenarbeit) verwiesen.

## **1. Gesellschaftliche, soziale und politische Aspekte der Urbanisierung**

**Welche sozialen Folgen sind durch die zunehmende Urbanisierung in Entwicklungs- und Schwellenländern absehbar? Was sind die wesentlichen strukturellen Ursachen für unterschiedliche Entwicklungsniveaus von Städten, die sich zu „Megacities“ entwickeln? Wie ist Urbanisierung im Prozess hin zu einer sozial-ökologischen Transformation, wie ihn etwa der Wissenschaftliche Beirat für Globale Umweltveränderung beschreibt, einzuordnen?**

Städte sind Orte der Interaktion und des Wandels – Orte, in denen verschiedene Akteure zusammenkommen und Entwicklung gestalten. Gleichzeitig wird es zunehmend schwieriger, Städte als lebenswertes Umfeld zu gestalten. Hohe Luftverschmutzung, Mängel bei der Versorgung mit Wasser und Energie wie bei der Entsorgung von Abfall und Abwasser, chronisch verstopfte Straßen und Fehlen öffentlicher Verkehrsmittel, wachsende soziale Ungleichheit, fehlende kulturelle Angebote – die Liste der Herausforderungen ist lang und viele haben strukturelle Ursachen. Geographische und wirtschaftliche Standortbedingungen, politische und rechtliche Rahmenbedingungen, Steuerungs- und Anreizstrukturen, aber auch Konflikte, Sicherheit und Stabilität von Politik, Gesellschaft und Wirtschaft sind nur einige der Faktoren, die die Entwicklung von Städten - gerade in Zeiten starken Wachstums - in räumlicher, sozialer, wirtschaftlicher und ökologischer Hinsicht maßgeblich beeinflussen. Die Städte stehen insofern vor einer doppelten Aufgabe: zum einen müssen sie differenzieren, welche dieser Aspekte unmittelbar angegangen werden können und wie sie zu verbesserten Rahmenbedingungen und letztlich zum Handeln beitragen können; zum anderen gilt es, angesichts meist knapper Ressourcen die richtigen Prioritäten zu setzen. Mit Blick auf den Bevölkerungsdruck für die nächsten Jahrzehnte müssen die Städte obendrein zukunftsorientiert ihre Kapazitäten planen.

Viele Städte in Entwicklungsländern sind mit dem enormen Bevölkerungszuwachs und den daraus resultierenden Aufgaben überfordert. Die Stadtverwaltungen schaffen es nicht, der kontinuierlich wachsenden Nachfrage nach Grundversorgung und Wohnraum



nachzukommen. Und die lokale Wirtschaft ist meist nicht in der Lage, ausreichend Arbeitsplätze zu generieren. Die drängendste soziale Frage ist die Beseitigung städtischer Armut, die in vielen Ländern immer weiter zunimmt. Bei der Lösungsfindung muss vor allem bei den Menschen angesetzt werden. Sie müssen in die Lage versetzt werden, eigenverantwortlich am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben (namentlich durch Zugang zu Beschäftigung, zu sozialen Leistungen wie Bildung, Gesundheitsversorgung und zu politischen Debatten). Der staatliche Auftrag erstreckt sich vor allem auf eine angemessene Grundversorgung (Wohnen, Wasser, Strom, Nahrung, Abwasser, Abfall, Mobilität).

Wohnraum wird insbesondere für ärmere Bevölkerungsschichten immer schwerer zugänglich. Informelle Siedlungen mit Bewohnern, die weder über Eigentums- noch Nutzungsrechte verfügen, bleiben von öffentlicher Grundversorgung und Dienstleistungen ausgeschlossen. Weitere Marginalisierung und fehlende sozio-ökonomische Aufstiegschancen insbesondere für Heranwachsende sind die Folge. Die Ausgrenzung schlägt sich in einer zunehmenden Vernachlässigung bestimmter Stadtgebiete nieder. Mehr und mehr charakterisieren Slums das Wachstum der Städte in den Entwicklungs- und Schwellenländern und müssen einen Großteil des städtischen Bevölkerungswachstums absorbieren. Oft befinden sich diese Viertel im Stadtrandgebiet. Derartige Elendsviertel mit geringer staatlicher Präsenz und fehlenden öffentlichen Dienstleistungen lassen strukturelle Armut verstetigen und schaffen einen Nährboden für Frustration, Hoffnungslosigkeit, Kriminalität und Gewalt.

Städte sind aber auch Orte des gesellschaftlichen Wandels und der sozialen Innovation. Hier werden negative und entwicklungshemmende Rollenbilder abgeschwächt bzw. aufgebrochen. So bieten Städte häufig Frauen und Jugendlichen einen besseren Zugang zu Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten. In vielen Städten der Entwicklungs- und Schwellenländer bildet sich eine aktive und artikulationsfähige Zivilgesellschaft heraus, die zunehmend auf existierende Missstände hinweist und sich für einen gesellschaftlichen Wandel einsetzt. Aufgrund ihrer Dichte kann in Städten effizienter Zugang zu Grundversorgung wie Wasserversorgung, Abwasser- und Müllentsorgung etc. auch für die arme städtische Bevölkerung geschaffen werden.

Der 1992 im Vorlauf zum Weltgipfel in Rio gegründete Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung für Globale Umweltveränderung veröffentlichte 2011 sein Hauptgutachten „Welt im Wandel – Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation“. Dieses Gutachten beschreibt die nie dagewesenen Herausforderungen, vor denen die Menschheit steht. Hierzu gehören Klimawandel, globale Erwärmung, Artensterben und Ressourcenknappheit. Um ihnen wirkungsvoll zu begegnen, müssen globale Lösungen gefunden werden: In einer Welt, in der heute über die Hälfte und innerhalb weniger Jahrzehnte zwei Drittel der Menschen in Städten leben werden, können „tiefgreifende Änderungen in Produktionsprozessen, Infrastrukturen und Lebensstilen“ hin zu nachhaltigen Wirtschafts- und Gesellschaftssystemen, wie sie der Beirat fordert, nur mit und durch Städte erfolgen. Im Kontext des globalen Bevölkerungswachstums ist nachhaltig gestaltete Urbanisierung eine notwendige Bedingung für eine sozial-ökologische Transformation.

Die Entwicklung baulicher Strukturen schreibt meist auf Jahrzehnte hin fest, wie inklusiv, energieeffizient und wirtschaftlich stark Städte werden können. Einmal gebaute Strukturen lassen sich, auch wenn sehr ineffizient, aufgrund von bereits gebauter Infrastruktur, gestiegenen Bodenpreisen und Landrechten nur sehr schwer und kostenintensiv wieder



verändern. Durch die hohen Urbanisierungsraten werden in vielen Städten die Weichen für eine nachhaltige Zukunft bereits in den kommenden Jahrzehnten gestellt.

**Wie kann und wie wird Urbanisierung im MDG/SDG Prozess berücksichtigt? Welche UN-Organisationen sollen und werden das Thema im MDG/SDG Prozess begleiten und umsetzen? Auf welchen inhaltlichen Feldern sollte Deutschland seinen Einfluss im Kontrollgremium von UN Habitat geltend machen?**

Das Thema Stadtentwicklung bietet besonderes Potenzial, Nachhaltigkeitsziele sektorenübergreifend und nah an lokalen Bedürfnissen umzusetzen und die zentralen Akteure Staat, Zivilgesellschaft und Wirtschaft zusammenzubringen. In den Ergebnissen und Berichten der Konsultationsgremien des Post-MDG Prozesses nimmt das Thema „Stadt“ einen hohen Stellenwert ein:

- Das VN-Netzwerk „Sustainable Development Solutions Network“ (SDSN) hat in seinem Bericht Städte als entscheidende Akteure in der Entwicklungsagenda identifiziert und ein städtisches SDG vorgeschlagen.
- Der Abschlussbericht des High Level Panel der Vereinten Nationen beschreibt Urbanisierung als eine der fünf wichtigsten Gestaltungskräfte für das Jahr 2020.
- Der Bericht des VN-Generalsekretärs nennt Urbanisierung als eins von 14 Themengebieten/ Zielvorschlägen und betont die zentrale Bedeutung von Stadtentwicklung für nachhaltige Entwicklung.
- Auch im SDG Prozess wird die Bedeutung von Urbanisierung und nachhaltiger Stadtentwicklung prominent diskutiert. In der Open Working Group, die in einem intergouvernementalen Prozess Vorschläge zur Formulierung der SDGs erarbeitete, sprachen sich Deutschland, Frankreich und die Schweiz für ein eigenständiges Stadtziel aus. Das am 19.7.2014 veröffentlichte Abschlussdokument der Open Working Group mit Vorschlägen für SDGs enthält ein eigenständiges Stadtziel („Make cities and human settlements inclusive, safe, resilient and sustainable“) mit sieben Unterzielen.

Der aktuelle internationale Prozess zur Erstellung der „New Urban Agenda“ spielt sich auf Ebene der Vereinten Nationen im Wesentlichen in zwei Strängen ab: Federführend für die Thematik ist das Siedlungsprogramm UN-Habitat, zu dessen Mitgliedern Deutschland zählt. Speziell zur Vorbereitung der „New Urban Agenda“, die 2016 auf der Habitat III-Konferenz verabschiedet werden soll, wurde auf Beschluss der VN-Generalversammlung ein Konferenzsekretariat eingerichtet, dessen Generalsekretär in Personalunion der Exekutivdirektor von UN-Habitat ist. Dadurch soll gewährleistet werden, dass das gesamte VN-System den Habitat III-Prozess aktiv begleitet und die städtische Dimension im jeweiligen Aufgabenbereich mit betrachtet und eingebunden wird. Der Habitat III-Konferenz 2016 kommt als erster VN-Weltkonferenz nach Verabschiedung der Post 2015-Agenda eine zentrale Bedeutung bei der Umsetzung dieser Agenda im städtischen Kontext zu. Damit eine sektorübergreifende Herangehensweise gewährleistet wird, müssen Schnittstellen zu sämtlichen Programmen und Organisationen der Vereinten Nationen hergestellt werden.

Wichtigstes Aufsichtsgremium von UN-Habitat ist der alle zwei Jahre in Nairobi tagende Gouverneursrat, der im April 2015 erneut zusammenkommen wird. Zwischen diesen Versammlungen findet der Austausch von Informationen und die Diskussion aktueller Fragen



im Ausschuss der Ständigen Vertreter statt, der meist einmal im Monat – bei Bedarf auch häufiger – zusammenkommt. Angesichts der Vielfalt und Vielschichtigkeit städtischer Aufgaben und Herausforderungen sowie mit Blick darauf, dass die Diskussion zur thematischen Schwerpunktsetzung im Habitat III-Prozess gerade begonnen hat, erscheint eine Festlegung auf inhaltliche Felder verfrüht. In der Vergangenheit hat die Bundesregierung besondere Akzente u.a. in den Bereichen kommunale Selbstverantwortung, Bürgerbeteiligung, Minderheitenschutz und Sicherheit in Städten gesetzt, aber auch Themen wie Energieversorgung, Wasser- und Sanitärversorgung, klimafreundliche Mobilität beeinflusst. In Fortführung der in der Post-2015-Debatte gesetzten Prinzipien wird sich die Bundesregierung neben der Betonung inhaltlicher Felder vor allem für die Umsetzbarkeit und eine effiziente Wirkungskontrolle (monitoring) einsetzen.

**Wie können und müssen Bildungsangebote verbessert werden vor dem Hintergrund von Armut und der überwiegend sehr jungen Bevölkerung in schnell wachsenden Städten in Entwicklungs- und Schwellenländern? Wie schaffen wir menschenwürdige und nachhaltige Beschäftigung für die Menschen in Städten?**

Bildung ist ein Menschenrecht und damit ein Wert an sich. Bildung ist auch ein wesentlicher Schlüsselfaktor für nachhaltige Entwicklung in allen ihren Dimensionen. Die internationale Entwicklungszusammenarbeit wie auch die Bildungsförderung der deutschen EZ zielt zunehmend darauf ab, die Qualität von Bildungsangeboten zu verbessern und Chancengerechtigkeit für alle herzustellen. Dazu müssen Bildungssysteme als Ganzes gestärkt werden: Bildungsplanung, -steuerung und -finanzierung sind zentrale zukünftige Handlungsfelder. Dabei reicht es nicht, sich nur auf Primarbildung zu konzentrieren. Bildung beginnt im frühen Kindesalter und reicht über die Grund- und Sekundarbildung zur beruflichen- oder Hochschulbildung. In städtischen Armutsgebieten kommt auch der non-formalen Bildung eine wichtige Rolle zu. Non-formale Bildung kann u.U. flexibel auf die Bedarfe der Zielgruppe reagieren.

Die Bildungssysteme in Schwellenländern stehen vor der großen Herausforderung der wachsenden Diversität der Lernenden gerecht zu werden und gleichzeitig zur sozialen Kohäsion beizutragen. Gut ausgebildete Fach- und Führungskräfte werden gebraucht, um beispielsweise die technologische Nachfrage in wachsenden Städten zu bedienen und den ökonomischen, sozialen und ökologischen Wandel aktiv mitzugestalten. Der Ausbau der Bildungsinfrastruktur, einschließlich städtischer Flächen und des benötigten Personals, muss mit dem Städtewachstum Schritt halten können. Bei Stadterweiterungen müssen diese Faktoren früh eingeplant werden.

Um in größerem Umfang Beschäftigung für Jugendliche und junge Menschen zu schaffen, sollten die Bildungssysteme komplementär zur allgemeinbildenden Schullaufbahn (Abitur, tertiäre Bildung) frühzeitig auch berufsvorbereitende Ausbildungsmöglichkeiten entwickeln (skills development, technisch/gewerbliche Schulen) bzw. ein größeres Angebot an Beruflicher Bildung (mit Praxisorientierung und Beteiligung der privaten Wirtschaft) bereitstellen. Angesichts des immensen Bedarfs an gut ausgebildeten Handwerkern, Technikern und Fachkräften im sozialen Bereich bestehen gerade in den Ballungsgebieten gute Chancen für angemessen bezahlte und langfristige Beschäftigung. Zur Verbesserung der Beschäftigungssituation des großen informellen Sektors im (peri-) urbanen Raum sollten zudem maßgeschneiderte Fortbildungsprogramme angeboten werden. Wichtig bei der



Beschäftigungsförderung ist zudem der Zugang zu Erwerbsmöglichkeiten. Aufgrund des Mangels an bezahlbarem Wohnraum müssen arme Bevölkerungsschichten oft mehrere Stunden täglich sowie einen signifikanten Anteil des verfügbaren Einkommens für unsichere Verkehrsmittel aufbringen, um zur Arbeit und zurück zu kommen. Bei der Stadtentwicklung sollte daher auf durchmischte Strukturen (Wohnen, Arbeiten, Grundversorgung innerhalb von Quartieren) hingewirkt werden.

Bei der Gestaltung nachhaltiger Urbanisierung fördert die deutsche EZ die Schaffung menschenwürdiger und nachhaltiger Beschäftigung. Dies erfolgt durch:

- Unterstützung einer beschäftigungsfördernden kommunalen Wirtschaftspolitik. Ein besonderer Fokus liegt auf der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der im städtischen informellen Sektor Beschäftigten.
- Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten im Rahmen städtischer Dienstleistungserbringung. Beispielsweise werden in Mexiko, Ägypten und im Kosovo Abfallsammler und -sortierer, die bisher im informellen Sektor tätig waren, stärker in das formelle System der städtischen Abfallwirtschaft integriert und erhalten auf diese Weise bessere Arbeitsbedingungen.
- Unterstützung von Klein- und Kleinstunternehmen (KKMU), die in vielen Volkswirtschaften den größten Anteil an Wachstum und Beschäftigung stellen. Durch verbesserte Finanzprodukte sind KKMU, die zumeist in urbanen Zentren aktiv sind, in der Lage, sich wirtschaftlich weiterzuentwickeln, notwendige Investitionen zu tätigen und mehr Menschen Beschäftigung anzubieten.

**Welche Chancen bieten wachsende Agglomerationen für die allgemeine Verbesserung der Gesundheitsversorgung und speziell zugunsten der Senkung der Mütter- und Kindersterblichkeit, und wie können diese Chancen besser genutzt werden?**

**Welche Rolle kann und muss die selbstbestimmte Familienplanung, verbunden mit Aufklärung, bei der Urbanisierung in Entwicklungsländern spielen? Wie müssen Frauen im Rahmen der Urbanisierung gestärkt werden, und welche Konzepte gibt?**

Gut organisierte städtische Lebensräume können eine Infrastruktur für Gesundheitsdienstleistungen bieten, die in peripheren Räumen nicht zu unterhalten wäre. So liegt z.B. die Zahl der professionell betreuten Geburten im urbanen Raum deutlich höher als auf dem Land; auch eine bessere Ernährung und Gesundheit der Kinder ist möglich. Durch besseren Zugang für Mädchen und Frauen zu Bildung und Familienplanung liegen die Geburtenraten im urbanen Raum um mindestens ein Kind pro Frau niedriger.

Schnelle und unkontrollierte Urbanisierung, die zur Entstehung großer informeller städtischer Armutsgebiete führt, hat jedoch meist die gegenteilige Wirkung: Krankheitsbelastung und –übertragung sind hier sogar höher als im ländlichen Raum, Gesundheitsdienstleistungen können nur schwer gewährleistet werden. Beengte und ungeschützte Lebensumstände bergen für Mädchen und Frauen die Gefahr von (sexueller) Gewalt und Ausbeutung, Teenagerschwangerschaften und unsicheren Abtreibungen. Die Erfahrung in vielen Entwicklungsländern zeigt dementsprechend, dass wachsende Agglomerationen trotz des Konzentrationseffektes üblicherweise nicht automatisch zu einer Senkung der Mütter- und Kindersterblichkeit führen.



Weltweit verzeichnen Klein- und Mittelstädte den größten Bevölkerungszuwachs, hier besteht die Chance eines koordinierten Ausbaus des Gesundheitssystems – unter der Voraussetzung planvoller Steuerung des Wachstums. Um die Chancen von Agglomerationen für die Verbesserung der Gesundheitsversorgung und im Speziellen zur Senkung der Mütter- und Kindersterblichkeit nutzen zu können, ist es notwendig die Gesundheitsinfrastruktur einschließlich des Personals in gleichem Maße auszubauen, wie die Urbanisierung voranschreitet. Um dies zu gewährleisten, bedarf es daher insbesondere auch genauerer Daten zur Urbanisierung im jeweiligen Land und den Lebensbedingungen der Bewohner städtischer Armutsgebiete.

Die Förderung der Gleichberechtigung der Geschlechter und der Rechte von Frauen und Mädchen ist eine durchgängige Verpflichtung für alle Politikfelder, -instrumente und Strategien der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit. Das übersektorale Gleichberechtigungskonzept des BMZ (2014) sieht die systematische Verankerung von Frauenrechten im hochrangigen bi- und multilateralen entwicklungspolitischen Politikdialog sowie die gezielte Förderung von Frauen und Mädchen (Empowerment) und das Gender Mainstreaming aller Vorhaben vor.

Im Themenfeld Urbanisierung ist insbesondere die Stärkung der politischen und sozialen Teilhabe von Frauen und Mädchen von zentraler Bedeutung. Sie müssen gezielt auf lokaler Ebene unterstützt und zur Teilhabe an Planungs-, Budgetierungs- und Umsetzungsprozessen befähigt werden. Zudem sind die Bereitstellung sowie die Schaffung des gleichberechtigten Zugangs von Frauen und Mädchen zu wirtschaftlicher und bedarfsorientierter Infrastruktur, zu sozialen Dienstleistungen sowie zu Bildungsangeboten und Beschäftigung notwendig. Auch die Integration von Maßnahmen zur Beseitigung und Prävention jeglicher Form von Gewalt gegen Frauen und Mädchen in Vorhaben der Stadt- und Kommunalentwicklung ist wichtig.

### **Wie stärken wir die öffentliche Daseinsvorsorge in Städten? Welche Rolle spielt öffentliche Infrastruktur, welche Rolle können/sollen private Anbieter oder PPP spielen?**

Stadtverwaltungen/Stadtwerke sind auch weiterhin die zentralen Partner und Träger in der städtischen Entwicklungszusammenarbeit. Im Rahmen von Vorhaben sind sie im "driver's seat", können ihre Bedarfe selbst priorisieren und werden bei Planung und Umsetzung der Infrastrukturvorhaben unterstützt. Sie treten als flexible, an den Bedürfnissen der Bevölkerungen und an den Notwendigkeiten der öffentlichen Daseinsvorsorge (z.B. öffentliche Hygiene) orientierte Institutionen auf. Die Herausforderung liegt darin, individuell für einzelne Stadtgebiete angepasste Lösungen für Infrastrukturprojekte mit dem Gesamtlösungsansatz für einen urbanen Raum in Einklang zu bringen. Eine Aktivität, diese Herausforderung zu bewältigen, sind zweifelsohne u.a. ein intensiver Bürgerdialog und ein leistungsfähig aufgestelltes kommunales Finanzwesen.

Entscheidend in diesem Zusammenhang ist die Aufgabe einer verbesserten Kostendeckung, mit dem Ziel der Vollkostendeckung von städtischen Dienstleistungen. Besondere Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang einer gleichmäßigen und gerechteren Erhebung von Gebühren und Beiträgen zu. Gerade ärmere Bevölkerungsgruppen sind oft



stärker mit Kosten für Basisdienstleistungen belastet als wohlhabendere Bevölkerungsteile, deren Verbrauch hoch subventioniert ist.

Die schnelle Urbanisierung stellt wachsende Anforderungen an Regierungen und öffentliche Körperschaften bei der Bereitstellung von Basisdienstleistungen an eine ständig wachsende Bevölkerung. Öffentliche Infrastruktur ist für die weitere Stadtentwicklung entscheidend. Neben der allgemeinen Grundversorgung ist hier insbesondere der Mobilitätsbereich hervorzuheben. Die Verkehrsplanung und der Bau von Transportkorridoren haben erheblichen Einfluss auf Grundstückspreise, Entstehung von Arbeitsplätzen durch Ansiedlung von Unternehmen und die Inklusion der Bevölkerungsschichten, die in Bezug auf die Daseinsvorsorge benachteiligt sind.

Viele Entwicklungsländer sind noch von einer zentralstaatlichen Verwaltungsform geprägt. Dezentralisierungsprogramme in vielen Ländern führen vermehrt dazu, dass Städten mehr Eigenverantwortung bei der Bewältigung dieser Aufgaben zugebilligt wird. Die öffentlichen und städtischen Budgets reichen aber oft nicht aus. Viele Städte, Regionalregierungen und Versorgungsunternehmen sind daher bestrebt, das Potential öffentlich-privater Partnerschaften (PPP) zu nutzen. Hierbei soll die Privatwirtschaft stärker mit in die Verantwortung genommen und als Finanzierungsquelle eingebunden werden. Voraussetzung ist u.a. eine wirksame Regulierung mit Fokussierung auf wirtschaftliche, ökologische und soziale Nachhaltigkeit.

Die Einbindung privater Akteure im Rahmen von PPPs, kann unter bestimmten Umständen

- zusätzliches Kapital mobilisieren,
- die Effizienz und Qualität der Leistungserbringung erhöhen,
- durch die Übertragung von Risiken auf private Unternehmen den Staat von Risiken entlasten,
- sektorweit höhere Transparenz schaffen und Benchmarking fördern.

Beispielsweise gibt es im Gesundheitssektor in vielen Entwicklungs- und Schwellenländern keine rein öffentlichen Gesundheitssysteme mehr, der Privatsektor ist fast überall als Dienstleister und Investor im Gesundheitssektor aktiv. Die deutsche EZ unterstützt ihre Partnerländer auf unterschiedliche und der jeweiligen Situation angepasste Art dabei, das Gesundheitssystem zu stärken und an den wachsenden Bedarf anzupassen. Ein Beispiel sind Gutscheinsysteme, die werdenden Müttern und ihren Neugeborenen eine gute und erschwingliche Versorgung vor, während und nach der Geburt ermöglichen. Außerdem unterstützt die EZ den Auf- und Ausbau von Krankenversicherungen. Dabei auch private Dienstleister einzubeziehen, hat sich als wirkungsvoller Ansatz erwiesen, damit mehr arme Menschen von medizinischen Leistungen profitieren können.





**Welche Konzepte gibt es, um die Sicherheit der Bewohner in den Städten zu verbessern sowie um „Good Governance“ und Korruptionsbekämpfung zu stärken? Welche Chancen und Herausforderungen ergeben sich bei schnell wachsenden Städten für Demokratisierungsprozesse und Partizipation der Bevölkerung?**

Sicherheit ist ein zentraler Aspekt des Lebensraums Stadt. Die deutsche EZ arbeitet mit einem inklusiven, sektorübergreifenden Mehrebenenansatz, um städtischer Gewalt entgegen zu wirken. Maßnahmen zur Gewaltprävention bringen unterschiedlichste Akteure aus Schlüsselsektoren wie Bildung, Beschäftigung, Gesundheit, physische Stadtentwicklung, Jugend- und Frauenförderung, Sicherheit, Recht und Justiz sowie Infrastruktur zusammen. Sicherheit kann entsprechend über eine nachhaltige soziale Stadtteilsanierung erreicht werden. Dabei wird der öffentliche Raum so entwickelt, dass er von der gesamten Bevölkerung genutzt und kontrolliert wird. Das umfasst auch einen gezielten Abbau von Diskriminierungen und Zugangshindernissen zu Basisdienstleistungen sowie die Stärkung der politischen Teilhabe und der Rechte marginalisierter Gruppen.

Demokratisierung und Partizipation sind entscheidende Komponenten einer nachhaltigen, weil legitimierten, städtischen Entwicklung. Im Sinne von Dezentralisierungsprozessen müssen auch städtische Institutionen und Entscheidungsprozesse an demokratischen Richtlinien ausgerichtet werden. Auf Grund der Nähe zwischen politischen Entscheidungsträgern und Bevölkerung bietet der städtische Raum vielfältige Chancen Demokratisierung und Teilhabe zu realisieren und Menschen in Entscheidungsprozessen unmittelbar zu integrieren.

Gute Regierungsführung zu stärken heißt u.a. politische Aushandlungs- und Beteiligungsmechanismen zu fördern, wodurch unterschiedliche Anliegen und Zielkonflikte städtischer Akteure aufgenommen, moderiert und Sinne des Allgemeinwohls ausgestaltet werden können. Dafür braucht es Strukturen und Rechenschaftsmechanismen für einen konstruktiven und transparenten Austausch zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren. Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit unterstützt ihre Partner mit umfassenden Erfahrungen zur effektiven kommunalen Selbstverwaltung, zu Möglichkeiten und Verfahren der Bürgerbeteiligung sowie zur Bekämpfung und Prävention von Korruption.

Die Stärkung lokaler Demokratie und die Förderung bürgerorientierter, integrierter Stadtentwicklung sind entscheidende Faktoren nationaler Demokratisierungsprozesse. Stadregierungen treffen Entscheidungen, die sich unmittelbar auf das Leben der BewohnerInnen auswirken. In der Stadt tritt der Staat seinen BürgerInnen unmittelbar gegenüber, indem er Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft aktiv zur politischen Mitsprache, zur partizipativen Entscheidungsfindung und zur Kontrolle der eigenen kommunalen Dienstleistungen auffordert.

In den schnell wachsenden Städten unserer Partnerländer trifft eine steigende Nachfrage nach städtischen Dienstleistungen, Basisinfrastruktur und Wohnraum auf meist unerfahrene, unzureichend ausgebildete und uninformierte Entscheidungsträger in den Stadt- und Kommunalregierungen. Der enorme Handlungsdruck auf die oftmals schwachen Verwaltungen und der Kampf um begrenzte städtische Ressourcen untergraben vielerorts lokale Demokratisierungsprozesse. Eine effektive Beteiligung, insbesondere benachteiligter Bevölkerungsgruppen, an städtischer Entscheidungsfindung findet deshalb häufig nicht statt. Die zunehmende Informalisierung führt zudem zu sozialer und politischer Exklusion großer Teile der städtischen Bevölkerung. Nationale Demokratisierungsprozesse verlieren an Glaubwürdigkeit, wenn sie lokal nicht praktiziert werden können.



### **Wie kann in schnell wachsenden Städten das Recht auf Wohnen umgesetzt werden und welche Rolle spielen dabei der soziale Wohnungsbau und kommunale Wohnungsbaugesellschaften?**

Das Menschenrecht auf angemessene Unterkunft ist in Art. 11 Abs. 1 des UN-Sozialpaktes verankert. Der VN-Ausschuss für Wirtschaftliche, Soziale und Kulturelle Rechte (WSK-Rechte) hat das Menschenrecht auf angemessene Unterkunft in seiner Allgemeinen Bemerkung Nr. 4 von 1991 konkretisiert. Demnach steht das Menschenrecht allen Menschen ungeachtet ihres Einkommens zu; es beinhaltet als Kernelemente die rechtliche Sicherheit und Bezahlbarkeit der Unterkunft, den Zugang zu Versorgungsinfrastruktur und die Bewohnbarkeit der Unterkunft. Als WSK-Recht fällt das Recht auf Wohnen unter die Regelung der „progressiven Umsetzung“, d.h. der Staat muss nur so viel leisten, wie er tatsächlich zu leisten imstande ist – umgekehrt darf er aber auch nicht weniger leisten, als er leisten kann.

Das schnelle Wachstum der urbanen Bevölkerung in Schwellenländern birgt mehrere Herausforderungen für den sozialen Wohnungsbau. Grundstückspreise im Stadtgebiet sind teuer und Neubaugebiete außerhalb der Stadt verfügen oft nicht über eine ausreichende Anbindung zur Stadt mit öffentlichem Personennahverkehr, weswegen viele der Bewohner täglich lange Anfahrten in Privatfahrzeugen zu ihren Arbeitsplätzen in Kauf nehmen und damit entscheidend zur Überlastung der öffentlichen Straßen und zur Umweltverschmutzung in den Städten beitragen. So wird die Frage nach Wohnraum gleichzeitig eine Frage des Umweltschutzes, der Energieeffizienz, des öffentlichen Nahverkehrs und der Stadtplanung im Allgemeinen.

In den meisten Ländern haben Stadtverwaltungen allerdings keine direkten Zuständigkeiten in der Wohnungsversorgung. Diese liegt stattdessen bei Fachministerien / -behörden oder Finanzierungsinstitutionen. Die kommunalen Zuständigkeiten beschränken sich in der Regel auf die Ausweisung und Erschließung von Baugebieten sowie den Betrieb und den Unterhalt der Infrastruktur. Sie können daher zwar eine wichtige Rolle in der Initiierung und Umsetzung von Einzelmaßnahmen auf Stadtebene spielen, weniger aber in der Formulierung entsprechender Politikansätze. Daher wird international diskutiert, eine entsprechende Verlagerung von Zuständigkeiten und Verantwortung auf die lokale Ebene zum Grundsatz nationaler Urbanisierungsprozesse zu erheben.

### **Wie sieht die Entwicklung von dezentralen und Mikro-Ansätzen (etwa Versicherungen, Energieversorgung) für Slumbewohner aus?**

Mikrofinanzierung spielt eine wichtige Rolle bei der nachhaltigen Wirtschafts- und Sozialentwicklung in städtischen Gebieten, einschließlich der Peripherie. Sie kann durch klassische Mikrofinanzierung sowie durch das Angebot von Mikroversicherungen die Existenzgrundlage der Bevölkerung sichern und nachhaltige Unternehmensentwicklungen fördern. Zwar ist der Zugang zu Finanzdienstleistungen in Städten eher gegeben als im ländlichen Raum - gerade ärmere Bevölkerungsschichten siedeln sich jedoch meist in den städtischen Randgebieten an, wo die Defizite hinsichtlich „access to finance“ deutlich größer sind als in den Innenstädten. In diesen Gebieten werden daher oft informelle und dezentrale Verfahren angeboten.

Die deutsche EZ unterstützt zunehmend auch innovative Mikrofinanzansätze. Im Mikroversicherungsbereich ist hier insbesondere die Beteiligung an LeapFrog, einem in



Afrika und Asien aktiven Versicherungsfonds, zu nennen. Zudem kann die Mikrofinanzierung einen wichtigen Beitrag im Bereich des sog. ‚incremental housing‘ leisten, indem der schrittweise Ausbau kleiner Häuser in benachteiligten städtischen Gebieten finanziert wird (auch als Beitrag zum „slum upgrading“).

### **Welche besonderen Bedürfnisse gibt es hinsichtlich von Flüchtlingsstädten?**

Im Kontext von Flüchtlingskrisen sind zwei Aspekte für das Themenfeld der Stadt- und Kommunalentwicklung relevant:

Zum einen steigt der Anteil sogenannter „urban refugees“, d.h. Flüchtlinge, die in Städten Schutz und Aufnahme finden, stetig an. Der Großteil von ihnen (geschätzt aktuell über 80%) findet Aufnahme in privater Unterbringung. Dieser Trend hat sich v.a. im Kontext der Syrien-Flüchtlingskrise verschärft: Hauptaufnahmeländer wie Libanon, Jordanien und Irak sind bereits bis zu 80% urbanisiert. Durch die hohe Zahl von Flüchtlingen (jeder 5. Mensch im Libanon ist ein Flüchtling) lastet auf den aufnehmenden Gemeinden zunehmender Druck. Lokale Infrastruktur muss unterstützt und lokale Verwaltungen müssen gestärkt werden, um sich wirksam mit Fragen der Raumordnung, Planung und Landnutzung auseinanderzusetzen. Nur effektive lokale Verwaltungseinheiten können die Sicherung der Grundversorgung für die eigene Bevölkerung sowie der Flüchtlinge gewährleisten und allen gemeinsam eine Perspektive für ein würdiges Auskommen bieten. Die Einbindung von Flüchtlingen in lokale Entscheidungsprozesse muss mittelfristig adressiert werden. Möglichen Konflikten zwischen Flüchtlingen und der ansässigen Bevölkerung muss präventiv entgegen gewirkt werden, z.B. durch Projekte, die den sozialen Zusammenhalt stärken.

Der zweite Aspekt ergibt sich aus dem Umstand, dass verstädtigte „Zeltstädten“ sich häufig zu informellen städtischen Strukturen weiterentwickeln. Das älteste Flüchtlingslager der Welt, das Lager Dadaab in Kenia, besteht z.B. seit über 20 Jahren. Zwei Drittel aller Flüchtlinge, die in Flüchtlingslagern Aufnahme finden, verbringen dort durchschnittlich 17 Jahre. Aus temporären Flüchtlingslagern werden somit informelle Siedlungen mit städtischem Charakter. Diese informellen Flüchtlings-siedlungen weisen viele Ähnlichkeiten und identische Herausforderungen mit den „klassischen“ Slums der Entwicklungs- und Schwellenländer auf. Es geht darum, verlässlichen Zugang zu Grundversorgung zu schaffen, Sicherheit, insbesondere für Frauen, zu gewährleisten sowie wetter- und witterungsresistenten Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Darüber hinaus ist es wichtig, eine längerfristige Perspektive zu schaffen, d.h. für Ausbildung, Arbeit, Schule und Beschäftigung zu sorgen. Dies steht oftmals im Konflikt mit dem vermeintlich temporären Status dieser Siedlungen und geht über die Überlebenshilfe im Rahmen der humanitären Hilfe hinaus. Da die Menschen auf der Flucht sehr viel durchgemacht haben, ist darüber hinaus eine psychosoziale Betreuung notwendig. Die Unterstützung von Eigeninitiativen und Bereitstellung von öffentlichen Räumen im Bereich Sport, Kunst und Kultur, die zu einem täglichen Leben dazugehören, können dabei einen wichtigen Beitrag leisten.

Mit der Sonderinitiative „Fluchtursachen bekämpfen – Flüchtlinge reintegrieren“ leistet die deutsche Entwicklungspolitik einen Beitrag zur Überwindung struktureller und akuter Ursachen von Flucht, zur Unterstützung der Aufnahmegebiete und zur Förderung der Reintegration von Flüchtlingen.



## **2. Technische, planerische und rechtliche Aspekte der Urbanisierung**

**Wie kann es gelingen, für schnell wachsende Städte vor dem Hintergrund des Klimawandels in Entwicklungsländern eine nachhaltige Energie-Infrastruktur aufzubauen? Wie sieht die Energie-Infrastruktur in den schnell wachsenden Städten in Entwicklungsländern aus? Welche positiven Beispiele gibt es im Bereich Erneuerbare Energie?**

Städte gelten als Wachstumsmotoren für Wirtschaft und Gesellschaften. Wachstum und Entwicklung sind aber abhängig von einer zuverlässigen Energieversorgung. Schon heute finden drei Viertel des globalen Energieverbrauchs in Städten statt, was mit dem entsprechenden Ausstoß von Treibhausgasen einhergeht. Durch die erwartete Verdopplung städtischer Fläche, veränderter Lebensstile zukünftiger Städter und des aufgrund der Erderwärmung höheren Energiebedarfs für Kühlung wird sich dieser Anteil weiter erhöhen.

Städte sind Hauptkonsumenten der Energie weltweit, sie bieten damit auch das größte Potential, Konzepte zur Energieeffizienz umzusetzen und Klimaschutz zu verwirklichen. Auf der anderen Seite gelingt es den wenigsten Entwicklungs- und Schwellenländern, die steigende Nachfrage nach Energie zu bedienen und damit städtische Potentiale zu realisieren (Allein in Subsahara-Afrika haben noch rund 40 Prozent der städtischen Bevölkerung keinen Zugang zu elektrischer Energie). Gleichwohl bieten Städte aufgrund ihrer Dichte, der räumlichen Konzentration von Wohnen, Produktion und Konsum, große Potentiale für einen energieeffizienteren Entwicklungspfad.

Die deutsche EZ begegnet den Herausforderungen an der Schnittstelle von Energie und Stadt mit einem mehrgleisigen Ansatz. Ausgangspunkt ist eine Analyse der Rahmenbedingungen, um die individuellen Herausforderungen vor Ort zu erfassen. Auf dieser Grundlage werden Strategien und Politiken konzipiert, die kommunale Verwaltungen verpflichten, sich aktiv für nachhaltige Energie einzusetzen. Durch Investitionen in Erzeugungs- und Verteilungsinfrastruktur wird der Zugang zu modernen Energiedienstleistungen gefördert und die Versorgungssicherheit von Gewerbe, Industrie, Verwaltung und sozialer Infrastruktur wie Krankenhäuser, Straßenbeleuchtung, Pumpen für die Wasserversorgung etc. verbessert. Um eine nachhaltige Energieversorgung langfristig zu gewährleisten, müssen auch Bevölkerung und Unternehmen einbezogen werden, um ein Verständnis für die Notwendigkeit des verantwortlichen Umgangs mit der knappen Ressource Energie zu verwirklichen.

Beim Einsatz regenerativer Stromerzeugung weisen Städte natürliche Einschränkungen auf. Insbesondere Projekte mit größerem Flächenbedarf (z.B. Windkraftanlagen oder größere PV-Anlagen) scheiden meist aus. Alternativen bieten aber angepasste Mikro-Anlagen wie Auf-Dach PV-Anlagen oder die Weiterverwendung städtischer Abfälle. So bietet die Notwendigkeit einer modernen Abfall- und Abwasserentsorgung die Chance auf die energetische Nutzung des Abfalls bzw. Klärschlammes.

Vor allem im Gebäudesektor fällt ein hoher Energiebedarf für Elektrizität, Heizen und Kühlen an. Dementsprechend bietet energieeffizientes Bauen und Sanieren (EBS) (sowohl in kalten Regionen zur Reduzierung des Heizbedarfs als auch in heißen Regionen zur Minderung des Kühlbedarfs) einen signifikanten Ansatzpunkt für verbesserte städtische Energieeffizienz.



Weitere Technologien zur Erhöhung der Energieeffizienz in Städten sind die Elektrizitätsverteilung (s.o.), die energetische Abfall- und Klärschlammnutzung, effiziente Straßenbeleuchtung mit LED-Technologie oder eine energieeffiziente Wasserversorgung durch drehzahlvariable Pumpen.

### **Wie können in den Bereichen Wasserversorgung und Abwasserentsorgung sowie Toiletten wirksame Verbesserungen vor dem Hintergrund der Urbanisierung erreicht werden?**

Das hohe Bevölkerungswachstum und der Zuzug in die Städte verschlechtern in vielen Ländern die ohnehin schon unzulängliche Situation im Wassersektor. Ungeplante Siedlungen entstehen in kürzester Zeit – oft in den Randgebieten der Städte - ohne dass Vorkehrungen für eine geeignete Wasser- und Sanitärversorgung getroffen werden konnten. Auch Wartung und Betrieb existierender Wasser- und Sanitärversorgungssysteme sind oftmals unzureichend. Gefragt sind daher erprobte, erfolgreiche Ansätze, mit denen die Lebenssituation der Menschen verbessert werden kann, besonders in städtischen Armutsgebieten. Wichtige Bausteine sind dabei zum einen die Schaffung verlässlicher, armutsorientierter rechtlicher und institutioneller Rahmenbedingungen (Regulierung), die Beratung der Versorgungsbetriebe und die Finanzierung von Infrastruktur. Nicht in jedem Kontext ist bspw. ein netzgebundenes Abwassersystem für die ganze Stadt geeignet; manchmal sind dezentrale und gemeinschaftlich genutzte Lösungen technisch und wirtschaftlich sinnvoller. Der lokale Privatsektor kann unter anderem in den Betrieb dezentraler Anlagen (wie z.B. Wasserkioske und öffentliche Toiletten) unter Aufsicht professioneller Versorgungsunternehmen eingebunden werden.

Ganz wesentlich ist vor dem Hintergrund der Urbanisierung die Unterstützung der Partner im Bereich Monitoring. Entscheidungsträger und Versorgungsbetriebe müssen über die sich z.T. rasch ändernde Versorgungssituation verlässlich informiert sein, um angemessen agieren zu können. Vor dem Hintergrund des Bevölkerungswachstums wird auch die Frage der Ressourceneffizienz immer entscheidender. Die Verringerung von Leitungsverlusten, Leckagen in Abwasserleitungen, kreislauforientierte Sanitärkonzepte und die Gewinnung von Energie und Dünger aus Abwasser/ Klärschlämmen sind wichtige Bausteine für den Schutz der Ressource – und generieren positive soziale und ökonomische Seiteneffekte.

Angesichts der zunehmenden Urbanisierung bieten sich zudem Paketlösungen für den Ausbau von Infrastruktur oder auch von Stadtteil- / Slumsanierungsprogramme an, bspw. für die Sektoren Energie, Wasser, Abwasser, Telekommunikation und Transport, mit dem Ziel der Minimierung von Effizienzverlusten. Für diese gemeinsamen Lösungen müssen jedoch leistungsfähige Strukturen bei Stadtverwaltungen und ggf. Stadtwerken aufgebaut werden, die die Kapazitäten, finanziellen Möglichkeiten und die politische Absicherung haben, konsistente sektorübergreifende und langfristige Planungen vorzunehmen und umzusetzen.

### **Welche Rolle müssen die Entwicklung des ÖPNV, der Mobilität und der Transportinfrastruktur für schnell wachsende Städte spielen?**

Ein funktionierender Nahverkehr sowie eine effektive Transportinfrastruktur bilden das Rückgrat einer nachhaltigen städtischen Entwicklung. Neben der unmittelbaren Notwendigkeit der Mobilität offenbaren sich vielfältige Wirkungen: in der Energieeffizienz,



dem Umweltschutz, der Nahrungsmittelversorgung, der effektiven Nutzung wirtschaftlicher Standortvorteile und der Reduzierung von Gesundheitsrisiken. Die Städte werden attraktiver für Menschen und Investoren, Wirtschaft und Gesellschaft entwickeln sich.

Die Planung und der Bau von städtischen Mobilitätssystemen sind entscheidend für die räumliche Entwicklung von Städten. Die Siedlungsentwicklung erfolgt meist entlang von Transportkorridoren. Die Siedlungsform wiederum bestimmt, welche Mobilitätsformen in einer Stadt möglich sind. Zersiedelte Gebiete mit geringer Dichte eignen sich kaum für klimafreundlichen und inklusiven ÖPNV. Anstelle dessen entsteht teurer und klimaschädlicher Individualverkehr. Energieeffizienter und inklusiver ÖPNV lässt sich vor allem in gut strukturierten Gebieten mit höherer Dichte realisieren.

Die schnell wachsenden urbanen Zentren vor allem der Millionen- und Megastädte sehen sich mit massiven Problemen des wachsenden (Individual-) Verkehrs konfrontiert. Daher muss der Fokus hier auf dem Auf- und Ausbau eines effizienten Öffentlichen Nahverkehrs liegen. Die positiven Wirkungen sind vielfältig: Konkrete Problemlösung im Verkehrssektor mit wirtschaftlichen und sozialen Vorteilen; Klimaschutz; städtischer Umweltschutz (Lärm- und Emissionsminderungen); Verbesserung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und Integration von (ärmeren) Stadtteilen der Peripherie. Die Entwicklung von Verkehrssystemen sollte dabei entlang von drei Leitprinzipien gesteuert werden: Verkehr vermeiden (durch integrierte Stadt- und Verkehrsplanung für kurze Wege), Verkehr auf nachhaltige Verkehrsmittel verlagern (insbesondere durch Förderung des Öffentlichen Personennahverkehrs sowie des Fuß- und Radverkehrs) und Verkehr effizienter gestalten (durch effiziente Verkehrsplanung, Nutzung moderner Technologien der Verkehrssteuerung und alternativer Antriebsformen).

Wichtig ist auch die Einbettung in ein Netz von Fuß- und Radwegen. Hinzu kann in geeigneten Städten die Anwendung moderner Mobilitätslösungen wie Bike- und Carsharing kommen. Für die Wettbewerbsfähigkeit von Städten ist die effiziente Organisation von Logistik mit Umschlagpunkten, intelligenten Verteilkonzepten und sauberen Fahrzeugen zentral. Erforderlich ist insgesamt eine breite Perspektive zur Rolle von Mobilität in der Stadt, welche nicht auf einzelne Infrastrukturlösungen fokussiert, sondern auch Aspekte der Finanzierung, Organisation, Standardsetzung und Steuerung von Verkehr einschließt - sowie kulturelle und soziale Dimensionen berücksichtigt.

### **Wie können sich städtische und ländliche Entwicklung besser verknüpfen lassen, zum Beispiel durch Handel und Verkehrsinfrastruktur, und wo drohen Stadt-Land-Konflikte?**

Globalisierung und Urbanisierung verdichten die Beziehungen und Abhängigkeiten im Raum, zwischen Städten untereinander sowie zwischen Stadt und Land. Das prognostizierte städtische Wachstum geht einher mit veränderten Produktions-, Konsum- und Lebensmustern, drastisch erhöhtem Flächen- und Ressourcenverbrauch, zunehmender Dichte, Dynamik und Interaktion. Selektiv betrachtete Modelle ländlicher und städtischer Entwicklung sind nur begrenzt tauglich, um die resultierenden Herausforderungen zu bewältigen. Deutschland besitzt langjährige Erfahrung, die Chancen der Stadt-Land Verflechtungen für eine nachhaltige räumliche Entwicklung zu nutzen.

- Bevölkerungsdynamik zwischen Stadt und Land: Gerade arme Haushalte sind zumeist multi-lokal und räumlich diversifiziert in ihrem Einkommen. Sie prägen verstärkt die informellen Siedlungen und marginalisierten peri-urbanen Gebiete. Maßnahmen zur



- sozialräumlichen Inklusion bauen u.a. auf Dialog, Zugang zu Grundversorgung sowie gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Teilhabe aller.
- Umwelt-, Klima- und Ressourcenschutz: Die Versorgung bei wachsender Bevölkerung und veränderten Konsummustern erfordert eine nachhaltige Ressourcennutzung. Die Stoff- und Energiekreisläufe in Regionen haben großes Effizienzpotenzial weit über Stadtgrenzen hinaus. Durch sektorübergreifendes Ressourcenmanagement können der Zugang gesichert, Ökosysteme geschützt und Effizienz gesteigert werden.
  - Nachhaltige Wirtschaftskreisläufe: Stadt und Land stehen seit jeher in Handelsbeziehung zueinander: Ernährungssicherung und Agrar-Wertschöpfungsketten einerseits, Absatzmärkte und Weiterverarbeitung andererseits. Städtisches Wachstum resultiert jedoch nicht unmittelbar in Wirtschaftskraft und Ausstrahlung in den ländlichen Raum. Vielerorts haben die rasanten Urbanisierungsraten das wirtschaftliche Wachstum überholt. Ergebnis des Wachstums sind hier Informalität, Arbeitslosigkeit und mangelnde Chancen. Nachhaltiges Wirtschaften für die gesamte Region muss sich auf Potenziale vor Ort, Einbindung lokalen Wissens und Unterstützung regionaler Wertschöpfung gründen. Zudem müssen die für die Wirtschaftskreisläufe notwendigen Transportwege geschaffen und erhalten werden.
  - Demokratisch legitimierte und effektive Governance: Fiskale Transfermechanismen binden die Entwicklung von Stadt und Land aneinander, fördern jedoch oftmals konträre Interessenslagen. Wachsende städtische Räume benötigen auf Kooperation und Austausch basierende Governance-Systeme, ob in der Finanzierung vernetzter Infrastrukturen, Ansiedlung von Unternehmen, nachhaltigen Flächenmanagements oder Förderung regionaler Resilienz. Regionale Strategien bedürfen vermehrt interkommunaler Kooperation, verlässlichen nationalen Transfers, regionalen Institutionen und politischer Legitimation.

**Stichwort „Urban Rural Linkage“: Könnte man den zehn geplanten „grünen Zentren“ des BMZ komplementär zehn urbane Zentren zuordnen, um die städtische und ländliche Entwicklung stärker zu verknüpfen?**

Die unterschiedlichen Aktivitäten, die aktuell unter dem Begriff GIAE (Grüne Innovationszentren in der Agrar- und Ernährungswirtschaft) analysiert werden, adressieren einen für urbane und rurale Entwicklung wichtigen Wirtschaftszweig. Die Konzeption der GIAE zielt darauf ab, die gesellschaftlichen und globalen Megatrends Bevölkerungswachstum und -entwicklung sowie Verstädterung neben den akuten Herausforderungen, die sich aus dem Stadt-Landgefüge ergeben, zu berücksichtigen. So werden sich die aktuell vom BMZ geplanten GIAE u.a. mit der Verbesserung der Agrarproduktion und dem Zugang zu Märkten beschäftigen. Dies setzt eine Orientierung an und Schaffung des Zugangs zu lokalen urbanen Märkten voraus. Stabile und nachhaltige Wertschöpfungsketten benötigen nicht nur leistungsfähige Erzeuger von Primärprodukten, sondern auch die lokale Verarbeitungs- und Vermarktungswirtschaft. Die Qualifizierung von Erzeugern und Finanzierung von Unternehmen nutzt ländliche und urbane Potentiale, um dem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung gerecht zu werden.



### **Wie kann und muss die Resilienz städtischer Großräume erhöht werden, und wie stellt sich die höhere Verwundbarkeit schnell wachsender Städte gegenüber Naturgefahren dar? Gibt es ganzheitliche Naturkatastrophen-Vorsorge-Konzepte?**

In den Städten der Entwicklungsländer leiden insbesondere die Bewohner der Armutssiedlungen unter den negativen Folgen von Katastrophen. Prekäre Wohn- und Lebensverhältnisse, niedrige Einkommen, unzureichender Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen, sozialen Sicherungssystemen und eine besonders anfällige Infrastruktur, hohe Bevölkerungsdichte sowie die Bebauung in oftmals risikobehafteter Lage (erdrutschgefährdete Hänge, Überflutungsgebiete, Küstenzonen) erhöhen ihre Vulnerabilität. Schadhafte Naturereignisse – seien sie wetterbedingt oder geologischer Natur - drohen somit die Armutssituation in den städtischen Großräumen zu verschärfen und zu verstetigen.

Katastrophen machen nicht an Grenzen halt. Eine effektive Steigerung der Resilienz von städtischen Großräumen kann daher nicht alleine auf lokaler Ebene geschehen. Lokale, regionale und nationale Planungen müssen kohärent zueinander gestaltet werden. Da Städte und subnationale Akteure eine wichtige Rolle bei der Umsetzung von nationalen Klimastrategien und der allgemeinen Katastrophenvorsorge einnehmen, bedarf es einer vertikalen Integration in nationale Stadtentwicklungs- und Anpassungsstrategien/Politiken. Die oft knappen kommunalen Haushalte erschweren den Städten Beiträge zu einer effektiven Steigerung der Resilienz zu leisten. Die finanzielle Leistungsfähigkeit von Stadtverwaltungen muss daher gestärkt und der Zugang von Städten zu Finanzierung von Anpassungsmaßnahmen an die Folgen des Klimawandels und zu Wissen zu allgemeiner Katastrophenvorsorge geschaffen werden. Über vergünstigte Kredite und Zuschüsse kann kritische Infrastruktur zunehmend katastrophens resilient aufgebaut werden. Dabei gilt es die Betroffenen zu beteiligen, um eine effektive und nachfrageorientierte Bereitstellung zu gewährleisten. Städtische Akteure benötigen ausreichendes Wissen über den Klimawandel und die Vorbereitung auf und den Umgang mit Katastrophenereignissen sowie deren Auswirkungen auf das Gesamtgefüge einer Stadt. Darüber hinaus haben die Katastrophen der letzten Jahre gezeigt, dass lokale Schadensereignisse auch globale Wirtschaftskreisläufe entscheidend beeinträchtigen können.

Ganzheitliche Konzepte des Katastrophenrisikomanagements zur Reduktion von Vulnerabilität gegenüber Auswirkungen von Naturgefahren und zur Stärkung der Resilienz müssen vermehrt entwickelt und umgesetzt werden.

Die deutsche EZ erstellt für Partnerstädte maßgeschneiderte Kooperationen. Die Maßnahmen zum Katastrophenrisikomanagement berücksichtigen die Phasen der Prävention, Anpassung, der Vorbereitung auf den Katastrophenfall (Preparedness) und des katastrophenpräventiven Wiederaufbaus. Diese beeinflussen sich konzeptionell gegenseitig. In urbanen Räumen liegt der Fokus insbesondere auf Preparedness- und Anpassungsmaßnahmen.

Die Katastrophenprävention umfasst Aktivitäten, die mittel- bis langfristig die negativen Auswirkungen extremer Naturereignisse abmildern oder bestenfalls verhindern. Dazu gehören sowohl politische, rechtliche und infrastrukturelle Maßnahmen als auch Risikoeinschätzungen zur Identifizierung der Gefährdung und Bewertung der Anfälligkeit einer städtischen Gesellschaft. Die deutsche EZ berät auch dabei, Maßnahmen in Planungsprozessen einer nachhaltigen Raum- und Stadtplanung umzusetzen und die Kreation neuer Risiken zu verhindern. Sie unterstützt bspw. den Bau ausreichend dimensionierter Sielbauwerke oder Drainagesysteme zum Schutz von Menschen und





Infrastruktur. Risikotransfer über Versicherungen und risikosensible Investitionsplanung sind neue Ansätze der EZ, die im Umfeld von Städten eine besondere Rolle spielen, da sie den ökonomischen Schaden von Großereignissen reduzieren können.

Die Vorbereitung auf den Katastrophenfall (Preparedness) umfasst die Planung und das Einüben von Maßnahmen, die im Falle von Großereignissen ergriffen werden, um Verluste und Schäden zu minimieren. Die deutsche EZ unterstützt die Partner bei der Etablierung lokaler Frühwarnsysteme, der Erarbeitung von Evakuierungsplänen, der Stärkung zuständiger Institutionen und deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie beim Aufbau von lokalen und regionalen Katastrophenmanagement-Komitees.

**Welche Erfahrungen gibt es mit Konzepten der Entwicklungszusammenarbeit für schnell wachsende Städte, die umfassende „Paketlösungen“ anbieten, also mehrere thematische Schwerpunkte beinhalten? Welche Erfahrungen gibt es in Entwicklungs- und Schwellenländern mit dem Modell der deutschen kommunalen Stadtentwicklung?**

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit unterstützt eine ökologisch, sozial und ökonomisch nachhaltige Urbanisierung und Stadtentwicklung in ihren Partnerländern in der Regel über einen akteurs- und themenübergreifenden Mehrebenenansatz. Dabei verfolgt sie einen integrierten Stadtentwicklungsansatz, indem Stadtentwicklung sektorübergreifend verstanden und die Stadt über ihre administrativen Grenzen hinaus im Zusammenspiel mit dem Umland und der Region betrachtet wird.

Das Zusammenspiel von Technischer (TZ) und Finanzieller (FZ) Zusammenarbeit ist hierbei von besonderer Bedeutung. Die TZ berät z.B. Stadtverwaltungen in Verwaltungsaspekten wie der städtischen Planung, der kommunalen Haushaltsführung, der Investitionsplanung und der Bürgerbeteiligung bis hin zu (sektor-) spezifischen Fragen wie der Erstellung von nationalen Standards im städtischen Abfallsektor. Die FZ ermöglicht nachfrageorientiert über vergünstigte Kredite und Zuschüsse Investitionen in städtische Grundversorgung sowie kapazitätsbildende Begleitmaßnahmen. Die Auswahl der Themen und Sektoren geschieht gemeinsam mit den Partnern und hängt maßgeblich von deren Prioritätensetzung ab. Die Erfahrungen haben gezeigt, dass die Verbindung von eher abstrakten Governance-Themen mit konkreten und greifbaren Maßnahmen in ausgewählten Sektoren am erfolgversprechendsten ist.

Die „LEIPZIG CHARTA zur nachhaltigen europäischen Stadt“ ist ein Dokument europäischer Mitgliedsstaaten, das Grundsätze und Strategien einer nachhaltigen Stadtentwicklung auf europäischer Ebene darlegt. Die Leipzig Charta wurde im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 federführend vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) entwickelt. Sie unterstreicht die Bedeutung der Städte für die Entwicklung Europas. Sie empfiehlt eine Strategie der integrierten Stadtentwicklung, um knappe Ressourcen wirkungsvoll zu bündeln und der Ausgrenzung benachteiligter Stadtgebiete entgegenzuwirken. Die in der Charta erwähnten Grundsätze und Strategien decken sich mit den in der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit zugrunde gelegten Stadtentwicklungskonzepten. Daher liegen weltweite Erfahrungen vor, die diese Grundsätze erfolgreich widerspiegeln. Kommunale Selbstverwaltung so, wie sie in Deutschland praktiziert wird, wird immer wieder von Partnerländern der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit nachgefragt, da sie als beispielhaft angesehen wird und als Modell für die eigene städtische Entwicklung überdacht werden könnte.



Bei Aufbau und Stärkung dezentraler Strukturen kann die deutsche EZ nicht nur auf langjährige Erfahrungen in den Partnerländern zurückgreifen, sondern auch auf das etablierte System der kommunalen Selbstverwaltung in Deutschland. Wichtige Grundprinzipien sind dabei das Subsidiaritätsprinzip und der Mehrebenen-Ansatz, denn nur wenn die verschiedenen Regierungsebenen zusammenspielen, kann eine effektive Erbringung der städtischen Dienstleistungen für ihre Bürger erfolgen. Dies gilt nicht nur für die vertikalen intergouvernementalen Beziehungen, sondern auch für die horizontale Ebene in Metropolregionen, die sich meist aus mehreren Kommunen zusammensetzen mit dem Ziel, die Trinkwasserversorgung, ein integriertes ÖPNV-System oder die Abfallbeseitigung über kommunale Grenzen hinweg für die gesamte Metropolregion sicherzustellen.

**Wie kann die Rechtssicherheit vor dem Hintergrund der Urbanisierung verbessert werden, und welche Rolle spielen dabei der Kataster-Aufbau und die Stärkung der Land- und Eigentumsrechte? Welche Wechselwirkungen zwischen Rechtssicherheit, „Good Governance“ und Korruptionsbekämpfung sind zu beachten, und welchen Einfluss kann die Stadtplanung diesbezüglich nehmen? Welche Rolle muss die Dezentralisierung für schnell wachsende Städte und „Megacities“ spielen? Welche Formen partizipativer Stadtentwicklung gibt es in Ländern des globalen Südens, etwa im Bereich Bürgerhaushalt oder kommunale Selbstverwaltung, und welche wären zu fördern?**

Effiziente und nachhaltige Stadtplanung und –entwicklung stützt sich in vielerlei Hinsicht auf einen geeigneten Rechtsrahmen (u.a. Planungsrecht, Umsiedlungen) und Kriterien der guten Regierungsführung (u.a. Transparenz, Partizipation, Effizienz, Rechenschaftspflicht). Eine im nationalen Kontext gestaltete Dezentralisierung ist dabei von besonderer Bedeutung, denn Städte müssen Kompetenzen und Ressourcen erhalten, um Urbanisierung zu meistern. Das bedeutet auch, dass Verantwortlichkeiten für Planungen und Entscheidungen zu Infrastruktur wie Schulen, Wasser/Abwasser, Gesundheitsstationen, Märkte, etc. in die Hand der Kommunen übergehen. Zudem brauchen Städte verlässliche Finanzausweisungen aus dem nationalen Haushalt und/oder die Möglichkeit, selbst Einnahmen zu generieren. Good Governance Prinzipien wie etwa Transparenz und Partizipation beugen Korruption und Vetternwirtschaft vor, insbesondere in den in Städten besonders korruptionsanfälligen Bereichen Infrastrukturentwicklung, Landadministration und öffentliche Dienstleistungen.

Nachhaltige Stadtplanung und wirtschaftliche Entwicklung brauchen Rechtssicherheit. Der Aufbau und die fortlaufende Aktualisierung von Katastersystemen spielt daher eine Schlüsselrolle in der Sicherung von Land- und Eigentumsrechten, da sie die rechtsverbindlichen Nachweise der Eigentums- und Nutzungsrechte an Land und Liegenschaften bereitstellen. Gerade in Entwicklungs- und Schwellenländern erfolgt Urbanisierung angesichts stark anwachsender städtischer Bevölkerung jedoch oft informell und ungeplant. Informelle Ansprüche stehen in der Regel formellen Rechten und oft auch stadtplanerischen Vorstellungen entgegen. Ein Fehlen an rechtlichem Besitz verfestigt somit die Ausgrenzung marginalisierter Gruppen in informellen Siedlungen und Slums. Wo kein formaler Besitz vorliegt entfallen auch Ansprüche auf eine funktionsfähige Grundversorgung (Wasser, Abwasser, Energie, Transport). Der Aspekt des rechtlichen Eigentums steht somit im Mittelpunkt einer nachhaltigen Stadtentwicklung.



Insbesondere beim erstmaligen Aufbau eines Katastersystems fehlen oft ausreichende und flächendeckende Nachweise über Eigentums- und Nutzungsrechte. Der Aufbau effektiver Katasterverwaltungen muss daher einhergehen mit einem rechtsstaatlichen Eigentumsrecht sowie transparenten und auf den Kontext der Region angepassten Mechanismen zur Klärung von Konflikten zu Eigentums- und Nutzungsrechten. Hierbei muss das nationale Eigentumsrecht auch transparente Abwägungs- und Entschädigungsprozesse garantieren. Ziel muss ein Prozess zur Formalisierung in rechtssichere Eigentums- und Nutzungsrechte sein.

Die Frage wie Stadtteile, die von Gewalt und Unsicherheit geprägt sind, zu Orten werden, an denen Menschen gerne und sicher miteinander leben, hat zunächst eine technische Seite (mehr Infrastruktur, bessere Beleuchtung von Straßen und öffentlichen Plätzen, neue Schul-, Gesundheits- und Freizeiteinrichtungen). Darüber hinaus spielen auch Aspekte der politischen Teilhabe und integrierter staatlicher Institutionen eine wichtige Rolle. Die betroffenen Menschen sollen sich selbst für die Belange ihrer Stadtteile einsetzen können und mitplanen, mitgestalten, Verantwortung übernehmen und schließlich auch die verantwortlichen Amtsträger bei undurchsichtigen Entscheidungen und Geldflüssen zur Rechenschaft ziehen.

Die Formen der partizipativen Stadtentwicklung im globalen Süden sind vielfältig und reichen von kommunalen Haushalten, partizipativer lokaler Entwicklungsplanung, Bürgerkomitees bis hin zu neueren Ansätzen des „Community-based monitoring“, bei denen Bürgerinnen und Bürger nicht nur aktiv bei der Entscheidungsfindung beteiligt sind, sondern deren Umsetzung auch aktiv verfolgen und ihrer Lokalverwaltung konstruktives Feedback geben.

Die Förderung von Bürgerbeteiligung und die Stärkung partizipativer Stadtentwicklung sind besondere Anliegen der deutschen entwicklungspolitischen Zusammenarbeit. Dabei werden integrierte Ansätze verfolgt, die die kommunale Verwaltungseffizienz stärken und lokale Initiativen befähigen, einen effektiven Dialog und Aushandlungsprozess mit Regierungsvertretern zu führen. In diesem Zusammenhang hat die Stärkung von Verwaltungseinheiten auf kommunaler Ebene zum Ziel, eine effektive Bürgerbeteiligung konsequent in den Prozessen der öffentlichen Entscheidungsfindung zu verankern.

### **Welche Erfahrungen und Ansätze gibt es zur Fortentwicklung des Kulturrums Stadt?**

Der Schutz, die Förderung und der Erhalt der kulturellen Vielfalt sind eine entscheidende Voraussetzung für nachhaltige Entwicklung zugunsten gegenwärtiger und künftiger Generationen. Entwicklung ist ohne die Berücksichtigung ihrer kulturellen Dimension nicht denkbar – darüber stimmen internationale Forschung und Entwicklungspolitik mittlerweile überein – die kulturelle Säule ist anerkanntes Element der Nachhaltigkeit.

Kultur und integrierte Stadtentwicklung gehören zusammen. Ein wichtiger Bereich ist die Altstadtsanierung, die nicht nur in Entwicklungsländern oft einer fehlgeleiteten Modernisierung weichen muss. In vielen Altstadtbereichen wurden über Jahrzehnte hinweg keine Sanierungsmaßnahmen durchgeführt und Erneuerungen oft nicht fachgerecht vorgenommen, so dass ein beachtlicher Sanierungsstau besteht, der auch ein wirtschaftliches Hemmnis für die Entwicklung der Stadt darstellt. Der Prozess einer behutsamen und integrierten Stadterneuerung wird von der deutschen EZ unterstützt und gestärkt. Dabei muss es aber um mehr gehen als die bloße Renovierung von Fassaden.



Weit verstandene kulturelle Vielfalt ist ein entscheidender Faktor für die Lebensqualität in den Städten – seien es Möglichkeiten zur sportlichen Betätigung, zur Freizeitgestaltung oder kulturelle Angebote. Hier ist insbesondere auch die Stadtplanung gefragt bei der Schaffung der erforderlichen Räume und Freiräume.

**Welche Erfahrungen gibt es in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit mit den Konzepten „Smart City“ und „Transition Town“? Gibt es „Megacities“ bzw. Städte auf dem Weg dorthin, die sich zur „Transition Town“ entwickeln oder den Prozess bereits durchlaufen haben?**

Der Zuzug in urbane Regionen wird sich besonders in Entwicklungsländern beschleunigen und stellt deren Stadtverwaltungen vor noch ungeahnte Herausforderungen. IKT (Informations- und Kommunikationstechnik) wird dabei auch in unseren Partnerländern eine zunehmend wichtigere Rolle spielen, um diesbezüglich Lösungen zu entwickeln, bzw. Lösungen aus entwickelten Ländern zu adaptieren. Das BMZ setzt sich seit Mitte 2013 mit dem Thema Smart Cities auseinander. Eine vom BMZ beauftragte Studie ermittelte folgende mögliche entwicklungspolitische Zugänge: Städte und Metropolregionen in Schwellenländern, die vor allem Unterstützung in der Regulierung von technologischen Großprojekten (z.B. Smart Grid, Cloud Computing) bedürfen. Städte mit mittlerem Einkommen könnten durch technischen Know-How Transfer, Kompetenzerweiterung von Behörden und Marktstudien, besonders zu ökologischem Bauen, Ressourcen- und Abfallmanagement, Smart Metering, Effizienzsteigerungen in den Bereichen urbaner Mobilität und Logistik unterstützt werden. Wenig und kaum entwickelte Städte können besonders in e-Governance, Bildung und Gesundheit durch die Nutzung von Mobilfunktechnologien und die Finanzierung von Pilotprojekten profitieren.

Der Einsatz von IKT-gestützten Lösungen für eine nachhaltige, städtische Entwicklung wird befürwortet. Sie können aber nur Teil von übergeordneten Maßnahmen zur Erreichung von Nachhaltigkeitszielen sein. Es ist ebenso wichtig, die Umsetzung von smart cities integriert zu betrachten: Der Einsatz von IKT sollte ihre Relevanz sowohl für die „Green Economy Agenda“ als auch für die Erweiterung von Konnektivität nutzen. D.h. neben einer technischen Perspektive z.B. zur Erreichung von Ressourceneffizienz ist auch der Beitrag zur verstärkten gesellschaftlichen Partizipation beispielsweise durch die Verbesserung von sozialen Dienstleistungen zu verfolgen.



**Welche Zeiträume und Prognosen (Kataster, GIS-Datengrundlagen?) sind bisher und zukünftig handlungsleitend? Ist die Datenbasis ausreichend vorhanden?**

Grundlage für die städtische Planung sind üblicherweise Bevölkerungsprognosen, aus denen entsprechend Flächenbedarfsprognosen abgeleitet werden. Zu letzteren wiederum gibt es Raumordnungsprognosen, die sich auch auf die Vergangenheit stützen (Trendprognosen). Eingerechnet wird der Wohnflächenbedarf pro Kopf, die angestrebte Bebauungsdichte, nötige Infrastruktur etc. Bei Gewerbe geht man ebenfalls von Durchschnittswerten pro Arbeitsplatz aus, besonders bei Büroflächen. Generell sind Flächenbedarfsprognosen - auch bei einer guten Datenlage wie hier in Deutschland - mit vielen Unsicherheiten behaftet. In den Partnerländern der deutschen Entwicklungszusammenarbeit sind diese Unsicherheiten aufgrund oftmals unzureichender Datengrundlagen um ein Vielfaches größer. Gerade in Städten mit hoher Informalität fehlt es meist an belastbaren Daten. So wird die Bevölkerung des Slums Kibera in Nairobi auf zwischen 400.000 und 1 Million Einwohner geschätzt. Prognosen zum Bevölkerungswachstum und Flächenbedarf sind dementsprechend sehr ungenau. Unsicherheiten in der Planung gibt es insbesondere auch in fragilen Kontexten. Konflikte und Krisen können temporäre Migrationsbewegungen auslösen und zu massivem (temporärem) Bevölkerungsrückgang bzw. -zuwachs in Städten führen. Die Stadtplanung sieht dies in der Regel nicht vor, sodass Stadtverwaltungen entsprechend neue Wege finden müssen, wie sie damit umgehen. Im Kontext der raschen Urbanisierung haben sich „traditionelle“ Bedarfsprognosen und Planungsansätze vielfach als nicht anwendbar bzw. übertragbar herausgestellt. Das rasche Bevölkerungswachstum und der entsprechend steigende Flächenbedarf führen dazu, dass in vielen Städten existierende Rückstände z.B. im Katasterwesen stetig zunehmen. Umso wichtiger ist es, diese Stadtverwaltungen über einen längeren Zeithorizont zu begleiten und Maßnahmen zu entwickeln, die den technischen, finanziellen und personellen Fähigkeiten der jeweiligen Stadtverwaltung angepasst sind. Zudem müssen im Sinne integrierter Stadtentwicklungsansätze Bedarfe nicht nur aus der Bevölkerungsentwicklung, sondern auch aus Wirtschaftswachstum, Ressourcenentwicklung sowie Konsum und Produktionsmustern abgeleitet werden.